

VOLKSTÜMLICHES AUS BUDAPEST



Ein Regierungschef, der anpackt: Viktor Orbán bremst den Expansionsdrang des internationalen Finanzkapitals in Ungarn.

Die ungarische Regierung legt sich mit dem internationalen Bankensektor an

Glaubt irgendjemand, die EU-Bürokraten gingen auf das kleine Ungarn los, weil dort angeblich die Presse- und Meinungsfreiheit abgeschafft wird? Das wäre doch zu drollig. Ist dort etwa eine beliebte Fernsehmoderatorin geschäft worden, weil sie abweichende Positionen in der Familienpolitik vertrat, wie das Eva Herman in der Bundesrepublik Deutschland passierte? Oder hat der ungarische Premier die halbe Medienwelt unter seine Kontrolle gebracht, wie das sein Amtskollege Silvio Berlusconi in Italien gemacht hat?

It's the economy, stupid (Es geht um Wirtschaftsinteressen, Dummkopf!) – wie der Amerikaner sagt. Die neue Rechtsregierung in Ungarn hat so einschneidende Maßnahmen gegen den internationalen Bankensektor durchgesetzt, wie man sie eigentlich eher von einer Linkspartei erwartet hätte. Doch mit Links und Rechts ist das so eine Sache geworden, keiner blickt mehr durch. In Ungarn jedenfalls haben die Sozialisten, die das Land vorher fast zwanzig Jahre unter Kontrolle hatten (von den alten Zeiten des Gulaschkommunismus ganz zu schweigen) jedenfalls alles getan, um die Schätze der Magyaren an ausländische Finanzunternehmen (und ihre einheimischen Günstlinge) zu verschleudern.

Die konservative Fidesz-Partei hat bei den Parlamentswahlen im April letzten Jahres 52 Prozent der Stimmen erhalten – das reichte für gut zwei Drittel der Parlamentssitze. Schon nach wenigen Wochen legte sie sich mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) an und verzichtete auf weitere Kredite, die in der Regel mit strengen Auflagen versehen sind. So etwas hätten die IWF-Granden vielleicht bei Venezuela oder Weißrußland erwartet, aber nicht von einer bürgerlichen Regierung in einem Land der ehemaligen K.u.K. -Monarchie. Sofort reagierten die Börsen und sorgten für Turbulenzen bei den ungarischen Aktienwerten, der Kurs der Landeswährung Forint sank. Aber der frischgebakene ungarische Premier Viktor Orbán ließ sich nicht beirren. Statt mit hochverzinstem Leihkapital des IWF sollen die Staatsfinanzen durch eine kluge inländische Wirtschaftspolitik ins Lot gebracht werden. Was er schon im Mai 2010 ankündigte, ist mittlerweile von

der Regierungsmehrheit im prächtigen Parlamentspalast zu Budapest beschlossen worden – und zwar rückwirkend zum Jahresanfang 2010.

Die wichtigste Gesetzesmaßnahme ist eine Sonderabgabe für Banken. Sie betrifft formal alle Geldinstitute, aber da es dank „sozialistischer“ Privatisierung in den Vorjahren außer der Großsparkasse OTP keine ungarischen mehr gibt, sind praktisch nur ausländische betroffen. Der ungarische Fiskus verlangt einen Obolus von 0,45 Prozent auf die Bilanzsumme, das soll 700 Millionen pro Jahr in die klammen Staatskassen spülen. Offiziell schimpfen Banker wie Herbert Stepic, Chef der in Ungarn starken österreichischen Raiffeisen-Bank, über die „faktische Enteignung“. Hinter vorgehaltener Hand aber geben Insider zu, daß sie Orbán verstehen können, denn die westlichen Geldinstitute zogen den Ungarn zwei Jahrzehnte lang die Hosen aus. „Bis 2008 haben hier viele Banken jedes Jahr einen Nachsteuergewinn von deutlich über 20 Prozent aufs eingesetzte Kapital verdient – in Deutschland gelten schon zehn Prozent als sehr gut“, sagte ein führender westlicher Bankier in Budapest gegenüber der *Welt am Sonntag*. „Ich kann die Regierung moralisch verstehen, wenn sie uns jetzt extra zahlen läßt. Keine Bank wird wegen dieser Steuer das Land verlassen.“

Der nächste Schritt war, daß den Banken untersagt wurde, Hypothekenkredite in Schweizer Franken zu vergeben. Darlehen in dieser Währung hatten viele Ungarn in den Vorjahren gezogen, weil sie durch günstige Tilgungs- und Zinskonditionen geködert worden waren. Doch als mit der Weltwirtschaftskrise 2008 der Forint schwächer und der Franken immer stärker wurde, schnappte für viele Hausbesitzer zwischen Balaton und Pecs die Falle zu: Da sie Forint verdienten, aber mit Franken abbezahlen mußten, fraß der Kredit immer mehr ihre Einnahmen, wenn nicht sogar ihre Rücklagen auf.

Weiter wurde eine sogenannte „Robin-Hood-Steuer“ für die nächsten drei Jahre verabschiedet. Sie beträgt 2,5 Prozent des Umsatzes für Handelsunternehmen und 6,5 Prozent für Telekommunikationsriesen und Energielieferanten – zusätzlich zur normalen Steuer. Zu den Betroffenen gehören die Supermarktketten Penny, Lidl, die englische Tesco und die Metro-Gruppe mit ihren Saturn- und Media-Markt-Filialen. Anders als bei den Banken liegt deren Gewinnspanne, wegen der härteren Konkurrenz, oft bei unter fünf Prozent des Umsatzes. Ungarische Betriebe müssen, da ihr Jahresumsatz unter der gesetzlichen Schwelle von 360 Millionen Euro liegt, nichts berappen. Die Deutsche Telekom, die eine ungarische Tochter hat, befürchtet den Wegfall der Hälfte ihres Gewinns – und weitere Schritte der Regierung, die den Marktzugang inländischer Anbieter verbessern. Mittlerweile sind einige der Betroffenen – etwa die deutschen Handelsriesen – zur EU-Kommission oder zum deutschen Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) gelaufen und haben sich beschwert.

Klarer Kurs: Die produktive Wirtschaft wird geschont, Spekulanten sollen zahlen

Im produzierenden Gewerbe sieht die Sache allerdings anders aus: Allein die deutsche Industrie hat seit dem Systemwechsel 150.000 Arbeitsplätze im Puszta-Land geschaffen. Im Unterschied zur Finanzwirtschaft und zum Handel kann sie sich auch unter Orbán nicht beklagen. Opel kündigte Ende September 2010 an, eine halbe Milliarde Euro in sein Werk in Szentgotthárd zu investieren, und Daimler pumpt in den Aufbau einer Produktion südlich von Budapest 800 Millionen Euro hinein. Auch die Bosch-Gruppe mit ihren 7.000 Beschäftigten bleibt optimistisch. Nur gut ein halbes Jahr in 2009 verordnete der weltweit größte Zulieferer der Autoindustrie Kurzarbeit und entließ Arbeitskräfte, aber jetzt sind die Auftragsbücher schon wieder voll, und man sucht händeringend Fachkräfte. Audi beschäftigt in Győr 5.500 Menschen und wird für 900 Millionen Euro weitere 1.800 in Lohn und Brot bringen.

Die Industriebetriebe werden, im Unterschied zur Finanzbranche, von der Orbán-Regierung nicht geschröpft, sondern sogar subventioniert. So bekommt Opel einen Zuschuß für den Ausbau seines Werkes in Westungarn in Höhe von 27 Millionen Euro. Die

unterschiedliche Behandlung der unterschiedlichen Branchen hat ihren Grund in der Wirtschaftsphilosophie der Regierung. Denn obwohl Orbán als stramm antikommunistischer Studentenführer Ende der 1980er-Jahre in die Politik kam, „hängt er immer noch dem von Marxisten gepflegten Ideal an“, sagt Haushaltsrats-Experte Gabor Oblath. Wertvoll sei, so der Premier Anfang Juni 2010 in einer strategischen Ansprache, nur „der produktive Kapitalismus“, schädlich dagegen Spekulanten, „die an ihr Geld auf eine Art und Weise gelangen, die notwendigerweise anderen schadet“. Deswegen müssen letztere bluten, erstere nicht.

1997 führte Ungarn zusätzlich zur staatlichen Rente eine Art Riester-Rente ein: In private Fonds zahlen seitdem drei Millionen Ungarn ein. Zwar dürfen sie sich dort über eine durchschnittliche Verzinsung von jährlich 6,45 Prozent freuen – aber nur auf dem Papier. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, daß Zinsen samt Einlagen schnell zum Teufel sind, wenn die Fonds die eingelegten Gelder in irgendeinem Hedge Fonds versenken. Orbán wettete im Parlament, daß „niemand gezwungen werden kann, mit seiner Rente an der Börse zu spekulieren“. Deshalb beschloß das Parlament, daß alle Privatversicherten 2011 mit allen Einlagen zur staatlichen Rentenkasse zurückkehren müssen – oder andernfalls den Verlust ihrer staatlichen Rentenzuzahlung riskieren. Auch diese Rückholung ist eine Maßnahme zur Konsolidierung der nationalen Wirtschaft: Mit einer Ausnahme sind alle privaten Rentenfonds Töchter westlicher Firmen wie der deutschen Allianz.

Außerdem beschloß die ungarische Regierung eine veritable Steuerreform. Bereits ab Januar gilt bei der Einkommensteuer ein Einheitssatz von 16 Prozent. Damit werden vor allem Besserverdienende ab einem monatlichen Bruttoeinkommen ab 300.000 Forint (etwa 1.000 Euro) entlastet. Für eine soziale Entschärfung sorgt der christdemokratische Ethos: Der Fiskus wird Familien massive Nachlässe schon ab dem ersten Kind gewähren.

Verdruß in Brüssel erregt die Erschwerung des Landkaufes durch Ausländer. Österreichs Landwirte sollen etwa 70.000 Hektar Grund und Boden im Nachbarland besitzen. Orbán redete ihnen ins Gewissen: „Auch die österreichischen Bauern müssen verstehen, daß es sich nicht gehört, im Trüben zu fischen, daß es sich nicht gehört, die Armut und das historische Unglück anderer Menschen auszunutzen.“ Nachahmenswert auch die Begründung zur Einführung einer „zweiten“ Lebensmittelaufsicht, „damit nicht das Drecks-Essen aus Europa ungehindert nach Ungarn fließen kann.“

Ein gutes Beispiel für die Herangehensweise der Regierung sind die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst. Die verordneten Einbußen von pauschal 15 Prozent sind sicherlich schmerzhaft. Aber vor allem werden die oberen Einkommensgruppen beschnitten: Manager, Direktoren und leitende Angestellte staatlicher Betriebe dürfen nicht mehr verdienen als zwei Millionen Forint (umgerechnet etwa 7.000 Euro) monatlich.

Und wie volkstümlich in Budapest regiert wird, zeigt die Steuerbefreiung für private Schnapsbrenner.

Katerina Stavrapoulos

Quelle: **ZUERST!** Deutsches Nachrichtenmagazin • 2/2011

[Artikel- und Bucharchiv VELESOVA SLOBODA, 2011](#)